

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung der am 1. März 2009 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **18. November 2009**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 7. Oktober 2009
3. Berichte des Bürgermeisters
4. GOK - Bilanz 2008
5. Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich Watzmannstraße/Alte Landstraße
6. Finanzierung Flachgau-Takt III - Betriebsjahre 2011 - 2014
7. Aufträge, Anschaffungen
8. Subventionen
9. Antrag „Parlamentarische Petition betreffend flächendeckende LKW-Maut
10. Resolution zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag
11. Fußgängerzone Stille-Nacht-Platz - Absperrung
- 12. Parlamentarische Petition BIG-Teilprivatisierung (nachträglich aufgenommen)**
13. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Marion Reitsamer
GV Josef Auzinger
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Michael Hillebrand, MAS
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Gerhard Rosenstatter
GV Anna Schick
GV Peter Illinger
Stadtrat Dietmar Prem
GV Johann Tutschka
Stadträtin Maria Petzlberger
GV Dr. Andrea Voggenhuber
GV Josef Hagmüller

Entschuldigt abwesend:

GV Martin Neumeier
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
GV Anneliese Höller

Weiters anwesend:

Mag. Regina Krünes, Geschäftsführerin GOK - zu TOP 4.

Als Sachverständige zu TOP 5.:

Dipl.-Ing. Ursula Spannberger

Dipl.-Ing. Stephan Kettl

Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter

Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es war 1 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 22 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Gegen die Tagesordnung, die gemeinsam mit der Einladung zu dieser Sitzung zeitgerecht und ordnungsgemäß zugestellt wurde, bestehen keine Einwände.

Zur heutigen Sitzung liegt ein Dringlichkeitsantrag gem. § 25 Abs. 8 Sbg. GdO 1994 vor. Es wird beantragt, den Punkt „Parlamentarische Petition BIG-Teilprivatisierung“ als TOP 12. in die Tagesordnung aufzunehmen, „Allfälliges“ wird somit zu TOP 13.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Die nachträgliche Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes wird einstimmig beschlossen.

Da der anwesende Zuhörer keine Fragen an den Bürgermeister zur heutigen Tagesordnung hat, kann die Bürgerfragestunde entfallen und zur Tagesordnung übergegangen werden.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 7. Oktober 2009

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 7. Oktober 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

3.1. Terminvormerkungen Budgetvorbereitung

Die Vizebürgermeister und Fraktionsvorsitzenden werden gebeten, sich folgende Termine vorzumerken:

Montag, 23.11., 18.00 Uhr - Verteilung und Vorbesprechung der Voranschlagsunterlagen

Samstag, 28.11., 09.30 Uhr - Besprechung bzw. Vorbereitung für Budgetsitzung am 9. Dezember

3.2. Kulturausschuss-Sitzung

Die Vorsitzende des Kulturausschusses wird um Terminvereinbarung für die nächste Sitzung ersucht.

3.3. Seniorenadvent

Der heurige Seniorenadvent findet am Samstag, dem 28. November, wie immer in der Aula der Hauptschule statt. Der Sozialausschuss ist eingeladen, diesen Termin wahrzunehmen.

3.4. Sonderpostamt

Das Weihnachtssonderpostamt 2009 öffnet am 8. Dezember seine Pforten. Um 11.00 Uhr findet eine kleine offizielle Eröffnungsfeier statt, zu der alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter herzlich eingeladen sind.

4. GOK - Bilanz 2008

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Gemäß § 10 in Verbindung mit § 8 Abs. 7 Zahl f des Gesellschaftsvertrages der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H. ist der Jahresabschluss der GOK durch die Generalversammlung der Gesellschaft zu beschließen. Gesellschafter der GOK sind mit 51% die Stadtgemeinde Oberndorf und mit 49% die VAMED Management & Service GmbH & Co KG. Im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung sind dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Die Geschäftsführerin der GOK, Frau Mag. Regina Krünes, wird die Bilanz 2008 vorstellen.

Laut Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED erfolgt die Gesamtfinanzierung des PPP-Modells durch die VAMED. Die VAMED hat in der Rahmenvereinbarung die Kosten- und Termingarantie, die Garantie für die Erfüllung des Versorgungsauftrages, die Betriebs- und Qualitätsgarantie sowie die Ergebnisgarantie übernommen.

Durch die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg wurde die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2008 durchgeführt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Im Gesellschafterausschuss vom 21.09.2009 wurde die Zustimmung zur Bilanz 2008 bereits erteilt. Durch die Gemeindevertretung sind folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 wird genehmigt.
2. Der Bilanzverlust per 31.12.2008 in der Höhe von € 13.553,37 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin wird für das Geschäftsjahr 2008 die Entlastung erteilt.
4. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 wird die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg bestellt.“

Bürgermeister Schröder stellt fest, dass es sich um ein gutes Ergebnis handelt. Seitens des Landes haben wir 100%ige Abdeckung bekommen. Es hat eine Besprechung der Bürgermeister der Spitalsträgergemeinden und der Verwaltungsleiter dieser Krankenanstalten bei Landeshauptmann-Stv. Mag. Brenner gegeben, an der für das Krankenhaus Oberndorf Bürgermeister Schröder und Geschäftsführerin Mag. Krünes teilgenommen haben. Eine zumindest 72%ige Förderung des Landes wurde für die Jahre 2010 und 2011 zugesichert.

GF Mag. Krünes: Alle Anwesenden haben sich anhand der vorgelegten Unterlagen einen Überblick über die Bilanz verschaffen können. 2008 ist ein Jahr, mit dem man sehr zufrieden sein kann. Wir hatten auch Glück mit der Höhe der Landesförderung. (*Frau Mag. Krünes erläutert einige Zahlen aus dem Jahresabschluss.*) In der Zeit des Umbaus des Hauses wird natürlich etwas mehr Geld aufgewendet werden müssen, doch nach Fertigstellung des Reha-Zentrums und der Orthopädie wird der Betriebsabgang sicherlich so aussehen, wie wir ihn gewohnt sind. 2008 war ein gutes Jahr, hier ist auch der Wegfall der Gynäkologie zugute gekommen. Das hat uns bilanzmäßig sehr stark nach vorne gebracht. Wir konnten auch eine positive Entwicklung bei der Auslastung im letzten Jahr verzeichnen. 2007 waren wir im Schnitt zu 67 % ausgelastet, 2008 erfolgte eine Steigerung auf 80 %. Auch derzeit liegen wir etwa bei diesem Trend.

Stadtrat Prem hätte gerne zukünftig vor Abstimmung über die Bilanz eine Abschrift für jede Fraktion.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, folgenden Beschluss zu fassen:**

1. **Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 wird genehmigt.**
2. **Der Bilanzverlust per 31.12.2008 in der Höhe von €13.553,37 wird auf die neue Rechnung vorgetragen.**
3. **Der Geschäftsführerin wird für das Geschäftsjahr 2008 die Entlastung erteilt.**
4. **Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 wird die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg, bestellt.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

5. Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich Watzmannstraße/ Alte Landstraße

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Auf gegenständlichen Grundstücken soll der Neubau der HAK/HAS/PTS erfolgen. Gemäß § 23 ROG 1998 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht. Für das Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes gelten die Bestimmungen der §§ 21 und 22 sinngemäß.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Es kann daher der Gemeindevertretung der Raumordnungsakt für die Auflage des Entwurfes zur Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Watzmannstraße - Alte Landstraße" zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Bürgermeister Schröder ergänzt, dass die Stellungnahme der zuständigen Abteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung vorliegt.

Stadtrat Prem: Für unsere Fraktion halte ich abermals fest, die Standortwahl ist eine Jahrhundertfehlleistung. Ich bin gespannt, wer in der Folge die Verantwortung übernimmt.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Die Diskussion wurde ausführlich geführt. Wir werden nicht zustimmen. Er legt eine schriftliche Stellungnahme der ÖVP-Fraktion vor und ersucht, diese zu protokollieren. Die Stellungnahme lautet wie folgt:

„Die ÖVP-Fraktion stimmt aus folgenden Gründen gegen die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich Watzmannstraße / Alte Landstraße:

- 1. Die Baufläche befindet sich teilweise im Überschwemmungsbereich der Salzach bzw. der gelben Wildbachgefahrenzone des Frauenbaches. Auch durch die aktuell geplanten Hochwassersicherungsmaßnahmen kann diese Gefährdung weiterhin nicht 100%ig ausgeschlossen werden.*
- 2. Die Bebauung dieses angeblich „billigen“ Baugrundes im Hochwassergefährdungsbereich verursacht nach Auskunft von Fachleuten erhebliche Mehrkosten unter anderem durch die Herstellung eines wasserdichten Unter- bzw. Erdgeschosses. Auch die Kosten der neu zu tätigen Investition in die Hochwassersicherungsmaßnahmen sind wohl zumindest teilweise dem Schulbau zuzuordnen. Diese Mehrkosten überwiegen die Kostenersparnis beim Grundkauf bei weitem.*
- 3. Durch die auf Grund der Grundstücksauswahl notwendigen Einschränkungen bzw. Vorgaben bei der Bauweise ergeben sich verschiedene Erschwernisse und Nachteile bei der Bauweise, von der optischen Gestaltung bis zur Anbindung der Sporthalle, der Anlieferung, der Verkehrsführung, Begrünung der Dachflächen etc.*
- 4. Im Ansuchen um Vorbegutachtung der Umweltprüfung des Büros „Projekte Raum Ordnung“ wird angeführt, dass aufgrund der Lage direkt am Salzachdamm bei einer Verbauung der Flächen grundsätzlich von Umweltauswirkungen auf das Stadt- und Landschaftsbild auszugehen ist. Dieser Aussage stimmen wir uneingeschränkt zu.*
- 5. Mögliche Standortalternativen (außer der Alternative Umbau des bestehenden Gebäudes) im unmittelbaren Nahbereich des Schulzentrums Watzmannstraße wurden unserer Meinung nach nicht ausreichend geprüft. Deshalb entspricht die zusammenfassende Aussage im Ansuchen um Vorbegutachtung der Umweltprüfung des Büros „Projekte Raum Ordnung“, dass es keine Alternative zum gewählten Standort gebe, nicht den Tatsachen. Unter Berücksichtigung sämtlicher im Zusammenhang mit der Standortwahl stehender Zusatzkosten wäre ein Neubau der Schule auf den östlich an das bestehende Schulareal angrenzenden Grundflächen jedenfalls billiger gewesen. Diese Grundflächen wären jedenfalls*

auch zur Verfügung gestanden.

Abschließend wird noch einmal – zum bereits wiederholten Male – ausdrücklich festgehalten, dass es sich bei der Kritik an diesem Schulneubau ausschließlich um eine Kritik am gewählten Standort handelt.

Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Schulneubaues an sich und an der Erhaltung dieser Schule für den Schulstandort Oberndorf wird neuerlich ausdrücklich bejaht.“

Bürgermeister Schröder: Eine Ablehnung hat natürlich Folgen. Es entstehen erhebliche Kosten. Für mich ist es bedenklich, wenn man in vergangenen GV-Sitzungen Beschlüsse mitträgt (z. B. Facharbeiterplanung, Architektenverträge) und heute bei der Flächenwidmungsplanänderung nicht zustimmt, obwohl man auch bei der REK-Abstimmung mitgestimmt hat. Sollte es durch diese Haltung zu einem wirtschaftlichen Schaden für die Stadtgemeinde Oberndorf kommen, muss ich das der Aufsichtsbehörde mitteilen. *(Bürgermeister Schröder verliest an dieser Stelle die oben eingefügte Stellungnahme der ÖVP-Fraktion.)*

Er wiederholt nochmals, dass - sollte heute keine Beschlussmehrheit zustande kommen - Oberndorf ein erheblicher Schaden entstehen wird und betont, nicht zuzustimmen sei verwerflich. Da, wie Bürgermeister Schröder meint, es nun keiner Diskussion mehr bedarf, lässt er abstimmen.

Er stellt den **Antrag, die Auflage des Entwurfes zur Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Watzmannstraße - Alte Landstraße" gemäß § 21 Abs. 2 ROG 1998 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 14 Stimmen dafür (SPÖ 12 und Grüne 2), 8 Stimmen dagegen (ÖVP 5, NOW 2, FPÖ 1).

Bürgermeister Schröder ersucht nun um Sitzungsunterbrechung für 10 Minuten, um mit den Fachleuten ein Gespräch zu führen.

Nach der Sitzungsunterbrechung erteilt Bürgermeister Schröder das Wort an

GV Dr. Voggenhuber, welche an die ÖVP-Fraktion gerichtet Folgendes festhält: Ich kann euren Punkten zustimmen, denn es stimmt so und ich hatte von Anfang an bei dieser Lage Bauchweh. Letztlich ist jedoch die demokratische Entscheidung für diesen Standort gefallen. Ich persönlich habe mir dann gründlich überlegt, dass ich den Schulneubau nicht verhindert möchte und bin trotz Bauchweh der Meinung, dass wir dort bauen sollten - sowohl aus finanziellen Gründen als auch wegen der Schwierigkeiten, die auf uns zukommen würden. Ich bin zwar eigentlich mit dem Platz nicht einverstanden, stimme aus dem genannten Grund aber trotzdem zu.

Stadtrat Stranzinger: Ich habe gehofft, dass ihr heute zustimmen werdet, habe aber gleichzeitig befürchtet bzw. angenommen, dass so etwas eintritt. Ich bin enttäuscht. Die NOW war von Anfang an grundsätzlich dagegen. Das ist eine durchgehende Linie. Doch ihr stimmt einmal mit und einmal nicht. Es sind bereits erhebliche Kosten aufgelaufen und ihr hättet das verantworten müssen. Das ganze Projekt hat schon eine enorme Dimension angenommen. Ihr habt Teile davon mitgetragen, jetzt seid ihr wieder dagegen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es ist ein grundlegender Unterschied, ob es um die Standortfrage geht oder Entscheidungen über Energiekonzepte etc.. Doch der Beschluss ist ohnehin zustande gekommen und ich nehme an, dass der Herr Bürgermeister das in der Fraktion schon abgeklärt hat.

Bürgermeister: Ich bin von dir enttäuscht, denn ich dachte immer, das Wohl der Gemeinde sei dir am wichtigsten. Wenn dieser Beschluss nicht zustande gekommen wäre, wäre das ein großer Schaden für die Stadt.

Stadtrat Prem: Man hätte damals beim 12 : 11-Ergebnis schon einlenken müssen. Ich glaube, das Projekt wird nichts werden, der Standort ist ein Wahnsinn. Bei einer 12 : 11-Abstimmung hätte das Projekt dort nicht weiter verfolgt werden sollen. Du trägst dafür die Verantwortung.

Bürgermeister: Ich trage die Verantwortung und es ist für mich der sinnvollste Standort.

6. Finanzierung Flachgau-Takt III - Betriebsjahre 2011 - 2014

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Der Regionalverband Flachgau-Nord schloss im Jahr 2007 im Zuge der Umsetzung der Maßnahme „Verkehrskonzept Flachgau-Nord“ mit dem Salzburger Verkehrsverbund (SVG) eine Finanzierungsvereinbarung für den Betrieb von Zusatzverkehren auf der Verbundlinie 111 (Kfl 3040), kurz Flachgautakt III. Die Umsetzung und Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes entspricht einer zusätzlichen Aufgabe des Regionalverbandes gem. § 4 Abs. 2 Satzung vom 6.11.2006.

Der Betrieb war zunächst als Probe vorgesehen und geht mit Fahrplanwechsel 2009/2010 in sein 3. Bestandsjahr. Der Zusatzverkehr wird aus Gemeindebeiträgen sowie Bundes- und Landesförderungen finanziert. Die bisher für jeweils 1 Jahr abgeschlossenen Vereinbarungen sollen mit einer Übergangsvereinbarung (Betriebsjahr 2010) und nach Durchführung eines Vergabeverfahrens durch den Salzburger Verkehrsverbund für eine Laufzeit Dezember 2010 (Fahrplanwechsel) bis Dezember 2014 gelten. Nach Ablauf der Vereinbarungen ist seitens des Verkehrsverbundes eine Gesamtvergabe der Basis- und Zusatzverkehre in Form von Linienbündeln beabsichtigt.“

Vom Regionalverband wurde ergänzend dazu folgende Begründung vorgelegt:

„Die SVG (Salzburger Verkehrsverbund Gesellschaft) vertritt die Meinung, dass mit Fahrplanwechsel 2010/2011 ohne wesentliche Änderung der Leistung eine weitere Direktvergabe der Leistung des FLAT III problematisch ist, da die Leistungsbestellungen auf der Linie 111 an das österreichische Bundesvergabegesetz (BVERgG) gebunden sind. Die SVG hat bei der Vergabe in den letzten 2 Jahren alle Möglichkeiten einer Direktvergabe ausgeschöpft. Da die Leistung unverändert bleibt, ist aus Sicht der SVG eine Beschaffung im Zuge eines Ausschreibungsverfahrens unumgänglich.

Die Übergangsregelung (Finanzierungsvereinbarung 2010) ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass unmittelbar ein Vergabeverfahren eingeleitet wird.

Dipl.-Ing. Kobler, SVG-Geschäftsführer, informierte in der Verbandsversammlung vom 5. Oktober 2009, dass der Wert der Leistung zur möglichen Bestellung im Land Salzburg für den Bereich Flachgau-Nord abgestimmt wurde. Im Dezember 2014 soll das Verkehrskonzept Flachgau-Nord überarbeitet und im Zuge der Linienbündelung im Flachgau mit Fahrplanwechsel 2014/2015 vergeben werden. In der jetzigen Fahrplanperiode sind es 55.400 Kilometer zu einem Entgelt von € 93.626,-, d. h. € 1,69 pro Kilometer. Bei dieser Leistungssumme ist ein Vergabeverfahren zwingend durchzuführen. Pro Jahr wurden € 100.000,- inklusive Valorisierungen angenommen und die Vergabesumme inklusive Übergangsregelung (2010) für 5 Jahre berechnet.“

Bürgermeister Schröder erläutert den vorstehenden Amtsbericht und die Begründung für die Neuvergabe. Weiters hält er fest, dass auch Fahrgastzählungen durchgeführt wurden. Obwohl nach den heute vorliegenden Berechnungen die Zahlen nicht so großartig sind, ist es absolut notwendig, dieses Angebot zu forcieren. Ich würde dem vorliegenden Beschlussvorschlag folgen.

GV Rosenstatter: Es dauert immer etwas, bis sich derartige Dinge einlaufen und auch angenommen werden. Man sollte sich diese Möglichkeit die nächsten drei Jahre jedenfalls ansehen, und dann kann man weiter überlegen, was sinnvoll ist.

Bürgermeister: Es wird in der nächsten Periode sicherlich einige Änderungen geben.

GV Dr. Voggenhuber: Gibt es bessere Bewerbungsmöglichkeiten? Öffentlichkeitsarbeit wäre sinnvoll.

Bürgermeister: Wir haben dieses Angebot laufend in unserem Mitteilungsblatt eingeschaltet, es stand auch in der Zeitung. Wir werden es mit dem Mitteilungsblatt auch weiter versuchen,

in den Schulen ist es ohnehin bekannt. Es dauert eben seine Zeit, bis es in den Köpfen verankert ist. Einschaltungen in den regionalen Medien sind eine Kostenfrage.

Stadtrat Stranzinger hält die Notwendigkeit des öffentlichen Verkehrs für unbestritten und ein Solidaritätsbeitrag ist auch notwendig, wobei Oberndorf den höchsten Beitrag in der Region bezahlt und die direkten Auswirkungen auf die Einnahmen aufgrund unserer verkehrstechnischen Infrastruktur eher gering ausfallen. Oberndorf ist diesbezüglich also am wenigsten betroffen, Hauptprofiteur ist sicherlich Dorfbeuern. Das steht eigentlich in keinem richtigen Verhältnis. Seine Fraktion wird zwar dafür stimmen, doch er hofft, dass die Regionsgemeinden der Stadtgemeinde Oberndorf gegenüber auch Solidarität zeigen, wenn sie das braucht.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Sicherstellung der Finanzierung des Betriebes für den Flachgautakt III durch Bereitstellung der erforderlichen Beiträge für die Betriebsjahre 2011 – 2014 zu beschließen. Der jährliche Beitrag an der Gesamtfinanzierung wird vorbehaltlich des Ergebnisses der Ausschreibung mit EURO 13.529,00 geschätzt. Die Gemeindevertretung erklärt sich mit einer allfälligen Wertsicherung des Beitrages einverstanden.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Aufträge, Anschaffungen

Keine!

8. Subventionen

8.1. Zweiter Teilbetrag der Vereinssubventionen für das Jahr 2009

Der Jugend- und Sportausschuss hat in seiner Sitzung vom 29.10.2009 die Auszahlung des zweiten Teilbetrages der Vereinssubventionen zur Beschlussfassung empfohlen.

Verein	Vorjahres-Subvention	1. Teilzahlung 40%	2. Teilzahlung 60%
Turnverein	€ 3.000,--	€ 1.200,--	€ 1.800,--
Schiclub	€ 3.250,--	€ 1.300,--	€ 1.950,--
OSK	€ 7.600,--	€ 3.000,--	€ 4.600,--
Tae Kwon Do	€ 1.800,--	€ 700,--	€ 1.100,--
Tischtennisclub	€ 1.100,--	€ 400,--	€ 700,--
Schulsportverein	€ 2.000,--	€ 800,--	€ 1.200,--

8.2. Turnverein

Der Turnverein ersucht um eine Subvention in der Höhe von € 1.000,-- für Turngeräte. Der Jugend- und Sportausschuss hat in seiner Sitzung vom 29.10.2009 die Auszahlung zur Beschlussfassung empfohlen.

8.3. Schachclub Oberndorf-Laufen

Der Schachclub Oberndorf-Laufen ersucht um Jugendförderung in der Höhe von € 500,--. Der Jugend- und Sportausschuss hat in seiner Sitzung vom 29.10.2009 die Auszahlung zur Beschlussfassung empfohlen.

8.4. Werbegemeinschaft

Die Werbegemeinschaft Oberndorf ersucht um Wirtschaftsförderung für 2009 in Höhe von € 4.000,--. Dieser Betrag ist im Budget 2009 enthalten und wird zur Beschlussfassung empfohlen.

8.5. Solarförderung

Von Herrn Helmut Schmidt, Schöffleutgasse 24, 5110 Oberndorf, liegt ein Ansuchen auf Gewährung einer Förderung laut Richtlinie der Stadtgemeinde in der Höhe von € 487,50 vor. Die Beschlussfassung wird empfohlen.

8.6. Ferienaktion Weihnachtsferien 2009 Salzburger Lokalbahn

Die Gemeindevertretung hat prinzipiell die Durchführung der Ferienaktionen für das Jahr 2009 beschlossen. Da die Weihnachtsferien 2009/2010 bis einschließlich 06.01.2010 gehen, wird um Ausdehnung dieser Aktion ersucht. Eine Beschlussfassung wird empfohlen.

8.7. Salzburger Landeshilfe

Wie jedes Jahr ersucht die Salzburger Landeshilfe um Sammlung. Es sollen wie im Vorjahr € 370,-- überwiesen werden.

8.8. Weitere Subventionsansuchen

8.8.1. Die Volkshochschule Salzburg ersucht für das Jahr 2010 um Gewährung von € 3.430,--.

8.8.2. Der Zivilinvalidenverband ersucht um finanzielle Unterstützung für das Jahr 2010.

8.8.3. Ein Ansuchen der ARGE Bewegung und Sport um Gewährung einer Subvention für das laufende Schuljahr 2009/2010 in der Höhe von € 0,20 pro Schüler liegt vor.

8.8.4. Der Zivilschutzverband und

8.8.5. der Höhlenrettungsdienst ersuchen um Subvention für 2010.

Analog den Gepflogenheiten der letzten Jahre wird eine Beschlussfassung der Punkte 8.8.1. bis 8.8.5. nicht empfohlen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorstehenden Subventionen 8.1. - 8.7. zu beschließen. Die Subventionen unter Punkt 8.8. sollen nicht gewährt werden.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Antrag „Parlamentarische Petition betreffend flächendeckende LKW-Maut“

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Durch die Gemeindevertretung wurde der aufgrund eines Dringlichkeitsantrages eingebrachte o. a. Antrag in ihrer Sitzung am 07.10.2009 zur weiteren Behandlung dem Umweltausschuss zugewiesen. In der Umweltausschuss-Sitzung am 12.11.2009 wurde der Antrag behandelt. Der Umweltausschuss hat mehrheitlich die Annahme der Petition beschlossen. Aufgrund der nicht einstimmigen Beschlussfassung wurde die Behandlung des Antrages wieder an die Gemeindevertretung delegiert.“

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Grundsätzlich möchte ich zur Petition anmerken, dass diese Sache weit außerhalb unseres Wirkungsbereiches liegt. Diese wäre über den Nationalrat einzubringen, denn es betrifft Bundesgesetze, und da gibt es eindeutige Regelungen.

Stadtrat Prem: Ich habe mit der Darstellung ein Problem. Bei den untergeordneten Strecken werden normale Lieferanten zur Kassa gebeten. Man belastet die regionalen Betriebe. Das ist für mich nicht vollständig durchdacht. Es geht um die Mautflüchtlinge von der Autobahn, das sind laut Statistik weniger als 2 %. Ich möchte auch, dass durch Oberndorf weniger Lkw fahren, doch man darf die regionalen Anbieter nicht zur Kasse bitten.

GV Ing. Moser: Es geht hier um eine Umverteilung, die fixe Maut fällt weg und wird durch eine kilometerbezogene ersetzt. Der Hauptgrund ist, dass ausländische Lkw auch ihren Teil mitzahlen müssen und nicht nur die heimischen Unternehmen. Dieser Darstellung von Dietmar Prem kann ich nichts abgewinnen.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Eine Regelung für den Schwerverkehr muss gefunden werden, das ist klar. Die flächendeckende Maut hat jedoch viele Nachteile, und zwar (*Wiedergabe der schriftlich vorgelegten Sitzungsunterlage*):

„- **für den Nahverkehr**, der auch nicht auf die Schiene ausweichen kann, da keine vorhanden. Der Nachteil für den österreichischen Transporteur gegenüber den Transporteuren aus den Ostländern wird dadurch nicht weniger und die österreichischen Transporteure dadurch auch nicht konkurrenzfähiger.

- **für den Konsumenten:** die Mautkosten können von der Transportbranche nicht getragen werden, müssen daher zu 100 % dem Kunden - Letztverbraucher - aufgerechnet werden.

- **der Wirtschaftsstandort Österreich**, speziell im grenznahen Bereich, wird dadurch auch benachteiligt, da die Produkte durch diese zusätzliche Maut teurer werden (*Lebensmittel in Deutschland werden im Verhältnis noch billiger*).

Man wird durch diese Zusatzgebühr viel zu wenig zielgerichtete Erfolge haben und sogar damit viele „Unschuldige“ bestrafen. Diese Art der Verkehrsregulierung (flächendeckende Maut nur in Österreich) ist noch nicht wirklich auf alle Folgewirkungen hin durchdacht und wird von mir daher auch nicht unterstützt.“

GV Ing. Moser: Es handelt sich um eine Petition, die nicht im Detail ausformuliert ist. Sie zielt mit der Verlegung auf die Schiene auch mehr auf den Fernverkehr ab. Es gibt ein Schweizer Modell (*welches Ing. Moser erläutert und daraus einige Details verliest*). In der Schweiz bewegen sich 2/3 des Fernverkehrs auf der Schiene, 1/3 befindet sich auf der Straße. Bei uns ist das umgekehrt. Die Wirtschaftskammer hat selbst Maßnahmen gefordert.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Die Schweiz hat ein völlig anderes Bahnsystem. Jeder hat einen anderen Ansatz.

GV Dr. Voggenhuber: Unsere ist die grüne Position. Die Einführung der Lkw-Maut ist eine Forderung, die die Grünen schon vor langer Zeit gestellt haben. Es wird noch lange dauern, doch Österreich ist in der Erreichung des Kyoto-Zieles noch sehr weit hinten. Allem, was zur Verbesserung des Klimas und der Umwelt dient, stimme ich zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die parlamentarische Petition betreffend der Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend, Stadtrat Mag.(FH) Danner und GV Tutschka sind bei der Beschlussfassung nicht anwesend): 14 Stimmen dafür (SPÖ, Grüne), 6 Stimmen dagegen (4 ÖVP, 1 NOW, 1 FPÖ)

10. Resolution zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Der Umweltausschuss hat sich in seiner Sitzung am 12.11.2009 eingehend mit einer Resolution zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag befasst. Der Antrag lautet wie folgt:
Die Stadtgemeinde Oberndorf fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, im Sinne einer aktiven, glaubwürdigen Anti-Atompolitik den Austritt Österreichs aus EURATOM, der Europäischen Atom-Gemeinschaft, umgehend und konsequent zu betreiben. Der Umweltausschuss empfiehlt mehrheitlich, diesen Antrag zu unterstützen.“

GV Dr. Voggenhuber erläutert den EURATOM-Vertrag und den Grund für die Einbringung des Antrages, warum Oberndorf mit unterstützen soll, damit Österreich aus diesem Vertrag aussteigt.

GV Rosenstatter: EURATOM ist Teil des EU-Vertrages und laut einem Verfassungsrechtler wäre hier ein Ausstieg aus der EU notwendig. Wir stimmen dem wohl zu, doch ich halte es nicht für sinnvoll, die Gemeindevertretung mit solchen Bundesangelegenheiten zu beschäftigen.

GV Dr. Voggenhuber: In der juristischen Frage habe ich herausgefunden, dass der Ausstieg sehr wohl jederzeit möglich ist und alle Bundesländer für den Ausstieg sind. Diese Haltung wäre sicherlich nicht möglich, wenn es Hindernisse juristischer Art gäbe. Es ist außerdem ein Zeichen, dass wir gegen Atomenergie sind.

1. Vizebgm. Feichtner: Ich denke, dass ich mir als Gemeindevertreter sehr wohl eine Meinung bilden sollte und stehe auch dazu.

GV Tutschka zitiert eine Broschüre, wonach es laut Völkergewohnheitsrecht möglich ist, aus dem Vertrag auszusteigen, ohne die EU-Mitgliedschaft in Frage zu stellen. 8 Bundesländer und 193 Gemeinden haben sich bereits für den Ausstieg ausgesprochen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Unterfertigung der Resolution zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

11. Fußgängerzone Stille-Nacht-Platz – Absperrung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Durch die Stadtgemeinde Oberndorf wurde der Teil der Alten Landstraße, welcher den Stille-Nacht-Platz darstellt, als Fußgängerzone gewidmet. Die Alte Landstraße ist somit für den motorisierten Verkehr bis zum Stille-Nacht-Platz jeweils als Sackgasse gekennzeichnet. Trotz der Kennzeichnung als Fußgängerzone wird das Fahrverbot in dieser immer wieder von Fahrzeuglenkern ignoriert. Um den Fahrzeugverkehr zu unterbinden, wird vorgeschlagen, auf Höhe der Liegenschaft Meisthuber das Passieren des Stille-Nacht-Platzes mittels einer Absperrmaßnahme unmöglich zu machen.

Der Umweltausschuss hat sich mit dieser Angelegenheit befasst und der Gemeindevertretung die Errichtung einer solchen Absperrmaßnahme empfohlen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Errichtung einer Absperrmaßnahme in der Alten Landstraße auf Höhe Liegenschaft Meisthuber zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

12. Parlamentarische Petition BIG-Teilprivatisierung (nachträglich aufgenommen)

Folgender Dringlichkeitsantrag, welcher im Vorfeld den Gemeindevertretungsmitgliedern zur Information und Sitzungsvorbereitung per Mail zugestellt wurde, liegt vor und wird vom Bürgermeister verlesen:

„Dringlicher Antrag gem. § 25 Abs. 8 Salzburger Gemeindeordnung 1994.

Die unterfertigten Mitglieder der Gemeindevertretung stellen den Antrag, nachfolgende Petition in die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung am 18. November 2009 aufzunehmen:

Parlamentarische Petition betreffend eine BIG-Teilprivatisierung

Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) ist mit 3.000 Gebäuden (6,8 Millionen m² Nutzfläche) der größte Immobilien-Besitzer Österreichs. Schwerpunkt sind Schulen, Unis und diverse Amtsgebäude, wie Polizeidienststellen, Bezirksgerichte udgl. Im Bundesland Salzburg befinden sich ca. 100 Gebäude im Eigentum der BIG.

Immer wieder werden Stimmen laut, dass die Bundesimmobiliengesellschaft teilprivatisiert werden soll. Erst kürzlich hat Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner erneut eine solche in Betracht gezogen. Bereits im Frühjahr 2008 wurden derartige Pläne bekannt. Man wollte ein Drittel der Liegenschaften privatisieren. Jetzt scheint der Minister einen erneuten Anlauf starten zu wollen.

Abgewickelt werden soll der Deal dem Vernehmen nach über die Börse. Dabei soll in der ersten Tranche rund ein Drittel der BIG Liegenschaften privatisiert werden.

Die Gemeindevertretung von Oberndorf spricht sich gegen eine (Teil-)Privatisierung der BIG aus folgenden Gründen aus:

- *Dem einmaligen Verkaufserlös stünden mittel- und langfristig höhere Mieten und Auflagen gegenüber.*
- *Diese höheren Mieten würden erst Recht wieder mit Steuermittel bezahlt werden müssen.*
- *Private Investoren sind gewinnorientiert und wollen eine möglichst hohe Rendite erzielen. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass es zu Zusammenlegungen von Behörden kommen könnte.*
- *Die Gefahr einer Absiedelung von wichtigen Behörden mit samt ihren Arbeitsplätzen wäre die logische Folge.*
- *Es besteht die Gefahr, dass für die regionale Identität wichtige Gebäude wegen zu geringer Mieterträge von der BIG an Private verkauft werden.*

Für die Gemeindevertretung von Oberndorf darf das Budget nicht auf Kosten der Schüler, Studierenden und (Exekutiv-)Beamten und verstärkt zu Lasten der Steuerzahler saniert werden.

Die Gemeindevertretung von Oberndorf fordert daher die Bundesregierung auf:

- 1. Die BIG im öffentlichen Eigentum zu belassen.**
- 2. Kein kurzfristiges Stopfen von Budgetlöchern auf Kosten der BürgerInnen vorzunehmen.**
- 3. Öffentliche Arbeitsplätze in den Regionen durch die im Raum stehende BIG (Teil-)Privatisierung nicht zu gefährden.**
- 4. Planungssicherheit für öffentliche Institutionen wie Exekutiv- und Bildungseinrichtungen auch weiterhin zu gewährleisten.**

Oberndorf, 13. November 2009“

Stadtrat Stranzinger ergänzt: Das Thema ist bekannt und aktuell. 2008 gab es Bestrebungen, Teile der BIG zu privatisieren. Das Thema wurde damals wieder zurückgezogen, ist jetzt aber wieder aufgetaucht. Minister Mitterlehner soll nun Teile der BIG über die Börse

privatisieren wollen. Es gab dazu einen Bericht der Kronenzeitung. Im Falle einer Privatisierung wären auch Gebäude in Oberndorf betroffen.

Stadtrat Stranzinger läutert noch einige Zahlen über Werte, die sich im Staatsbesitz befinden und zur Verwaltung durch die BIG ausgelagert wurden. In Summe sind mehr als 90 Gebäude betroffen. In Oberndorf handelt es sich um zwei Gebäude, das Bezirksgericht und die Polizeiinspektion. Dieser Ausverkauf muss verhindert werden, denn durch die Privatisierung entstünden enorme negative Auswirkungen. Es geht hier wohl um eine Budgetsanierung, doch letztendlich bleibt als Zahler doch der Steuerzahler übrig (höhere Mieten etc.). Es besteht auch die Gefahr der Abwanderung von öffentlichen Einrichtungen. Man sollte dies nicht unterstützen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Die SPÖ-Fraktion hat doch die Mehrheit im Nationalrat bzw. in der Regierung. Da sollte eine Lösung doch kein Problem sein. In irgendeiner Form zahlt eine Sanierung ohnehin der Steuerzahler. Wir werden dem aber zustimmen.

Stadtrat Prem diskutiert kurz mit Stadtrat Stranzinger über die Gebäude in Oberndorf und die Sinnhaftigkeit der Petition, doch er wird sie unterstützen.

Stadtrat Innerkofler ergänzt, dass es hier nicht nur um die Gebäude in Oberndorf sondern in ganz Österreich geht.

GV Reitsamer: Es gibt Erfahrungswerte. Unter dem Strich kommt immer eine Erhöhung heraus. Prinzipiell möchte ich jedoch festhalten, dass ich die heutigen Diskussionen für zu politisch halte. Das ist nicht konstruktiv, es gefällt mir nicht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verliest der Bürgermeister nochmals nachfolgenden Beschlussfassungstext und stellt den **Antrag, die Petition zu unterstützen:**

Die Gemeindevertretung von Oberndorf fordert die Bundesregierung auf

1. **die BIG im öffentlichen Eigentum zu belassen,**
2. **kein kurzfristiges Stopfen von Budgetlöchern auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen,**
3. **öffentliche Arbeitsplätze in den Regionen durch die im Raum stehende BIG-(Teil-)Privatisierung nicht zu gefährden und**
4. **Planungssicherheit für öffentliche Institutionen wie Exekutiv- und Bildungseinrichtungen auch weiterhin zu gewährleisten.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

13. Allfälliges

Entfällt!

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 20.20 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:
gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 18.11.09

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
-----	-----------	-------------	--------------

1. Nachträgliche Aufnahme „Petition BIG-Teilprivatisierung“ als TOP 12.
2. Protokoll v. 07.10.09
4. GOK - Bilanz 2008
5. Teilabänderung FLWP „Watzmannstr.- Alte Landstr.“ (Neubau HAK-HAS-PTS)
6. Finanzierung Flachgau-Takt III für 2011 - 2014
- 8.1. - Subventionsauszahlungen
- 8.7.
9. Einbringung „Parlamentarische Petition betreffend flächendeckende Lkw-Maut“
10. Resolution zum Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag
11. Absperrung Fußgängerzone Stille-Nacht-Platz
12. Einbringung „Parlamentarische Petition BIG-Teilprivatisierung“